

Interlübke Holding GmbH  
München

## **Abstimmung ohne Versammlung**

### **Aufforderung zur Stimmabgabe**

betreffend die

bis zu EUR 3.000.000,00 15,00 %-Anleihe 2016/2019  
der Interlübke Holding GmbH  
ISIN DE000A2BN6C8 / WKN A2BN6C  
(die „**Anleihe**“),

eingeteilt in bis zu 600 auf den Inhaber lautende und untereinander gleichberechtigte Inhaber-  
Teilschuldverschreibungen mit einem Nennbetrag von je EUR 5.000,00  
(jeweils eine „**Teilschuldverschreibung**“ und zusammen die „**Teilschuldverschreibungen**“)

Die Interlübke Holding GmbH mit Sitz in München, eingetragen beim Amtsgericht München – Registergericht – unter HRB 211934, Geschäftsanschrift c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH, Theatinerstr. 7, 80333 München („**Emittentin**“), fordert hiermit sämtliche Inhaber der Teilschuldverschreibungen (jeweils ein „**Anleihegläubiger**“ und zusammen die „**Anleihegläubiger**“) zur Stimmabgabe in einer Abstimmung ohne Versammlung innerhalb des Zeitraums

**beginnend am Mittwoch, 21. Februar 2018, 00:00 Uhr und**

**endend am Freitag, 23. Februar 2018, 24:00 Uhr**

gegenüber dem Notar Dr. Martin T. Schwab mit Amtssitz in München (der „**Abstimmungsleiter**“) auf (die „**Abstimmung ohne Versammlung**“).

### **I. Beschlussgegenstände und Beschlussvorschläge**

#### **1. Beschlussfassung über die Bestellung eines gemeinsamen Vertreters für alle Anleihegläubiger der Anleihe**

Die Emittentin schlägt vor zu beschließen:

Die DBC Finance GmbH mit Sitz in Grünwald, eingetragen beim Amtsgericht München – Registergericht – unter HRB 210373, Hirtenweg 14, 82031 Grünwald, wird zum gemeinsamen Vertreter für alle Anleihegläubiger (der „**Gemeinsame Vertreter**“) bestellt.

Der Gemeinsame Vertreter hat die Aufgaben und Befugnisse, welche ihm durch Gesetz oder von den Anleihegläubigern durch Mehrheitsbeschluss eingeräumt wurden. Er hat die ihm durch Mehrheitsbeschluss erteilten Weisungen der Anleihegläubiger zu befolgen. Soweit er zur Geltendmachung von Rechten der Anleihegläubiger ermächtigt ist, sind die einzelnen Anleihegläubiger zur selbständigen Geltendmachung dieser Rechte nicht befugt, es sei denn, der Ermächtigungsbeschluss sieht dies ausdrücklich vor. Über seine Tätigkeit hat der Gemeinsame Vertreter den Anleihegläubigern zu berichten.

Der Gemeinsame Vertreter erhält eine angemessene Vergütung.

Die Haftung des Gemeinsamen Vertreters wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Die Haftung für grobe Fahrlässigkeit ist summenmäßig auf insgesamt EUR 1.000.000,00 (in Worten: Euro eine Million) begrenzt.

## **2. Beschlussfassung über die Ermächtigung und Bevollmächtigung des Gemeinsamen Vertreters**

Die Emittentin schlägt vor zu beschließen:

Der Gemeinsame Vertreter wird mit Wirkung für und gegen sämtliche Anleihegläubiger angewiesen, ermächtigt und bevollmächtigt, das Konzept für die Restrukturierung der Anleihe nach Maßgabe der in **Anlage 1** (Restrukturierungs-Termsheet) der am 6. Februar 2018 im Bundesanzeiger veröffentlichten Aufforderung zur Stimmabgabe beschriebenen Grundzüge und Eckpunkte final zu verhandeln, nach eigenem Ermessen über die Umsetzung des Restrukturierungskonzepts zu entscheiden und die Anleihegläubiger bei sämtlichen Maßnahmen, Handlungen und Erklärungen zu vertreten, die zur Umsetzung des Restrukturierungskonzepts erforderlich oder zweckdienlich sind. Dabei ist der gemeinsame Vertreter berechtigt, einem von den vorgenannten Grundzügen und Eckpunkten abweichenden Konzept für die Anleihe-Restrukturierung zuzustimmen, insbesondere sofern dies eine beschleunigte Restrukturierung ermöglichen oder aus rechtlichen Gründen vorzugswürdig sein sollte und die Anleihegläubiger nach Einschätzung des Gemeinsamen Vertreters durch die Abweichungen wirtschaftlich besser, gleich oder nicht wesentlich schlechter gestellt werden. Der Gemeinsame Vertreter wird auch angewiesen, ermächtigt und bevollmächtigt, den mit der Umsetzung des Restrukturierungskonzepts verbundenen Änderungen der Anleihebedingungen zuzustimmen.

Ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung über die vorgenannten Bevollmächtigungen und Ermächtigungen ist in Bezug auf die Verhandlung und Umsetzung des Anleihe-Restrukturierungskonzepts nur der Gemeinsame Vertreter zur Geltendmachung der Rechte der Anleihegläubiger befugt. Die Anleihegläubiger sind in Bezug auf die vorgenannten Ermächtigungen und Bevollmächtigung des Gemeinsamen Vertreters zur selbstständigen Geltendmachung ihrer Rechte nicht befugt.

Sämtliche vorgenannten Ermächtigungen und Bevollmächtigungen des Gemeinsamen Vertreters sind im Zweifel weit auszulegen.

## **3. Zustimmung der Emittentin**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt keine Beschlussfassung der Anleihegläubiger.

## **II. Hinweise zum Verfahren der Abstimmung ohne Versammlung**

### **1. Rechtsgrundlage für die Abstimmung ohne Versammlung, Beschlussfähigkeit und Mehrheitserfordernis**

- 1.1 Gemäß § 10 (1) der Anleihebedingungen können die Anleihegläubiger durch Mehrheitsbeschluss zur Wahrung ihrer Rechte nach Maßgabe des Gesetzes über

Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen – Schuldverschreibungsgesetz („SchVG“) ihre Anleihebedingungen ändern.

- 1.2 Die Anleihegläubiger beschließen gemäß § 10 (3) Satz 1 der Anleihebedingungen im Wege einer Abstimmung ohne Versammlung gemäß § 18 SchVG.
- 1.3 Bei der Abstimmung ohne Versammlung ist die Beschlussfähigkeit nach Maßgabe des § 18 Absatz 1 SchVG in Verbindung mit § 15 Absatz 3 Satz 1 SchVG gegeben, wenn mindestens die Hälfte der im Zeitpunkt der Beschlussfassung ausstehenden Schuldverschreibungen an der Abstimmung ohne Versammlung teilnimmt.
- 1.4 Der Beschluss gemäß Teil I Ziffer 1 über die Bestellung des Gemeinsamen Vertreters bedarf zu seiner Wirksamkeit der einfachen Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte. Der Beschluss gemäß Teil I Ziffer 2 über die Ermächtigung des Gemeinsamen Vertreters bedarf zu seiner Wirksamkeit einer qualifizierten Mehrheit von mindestens 75 % der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte.

## **2. Rechtsfolgen des Zustandekommens der Beschlüsse**

Wenn die Anleihegläubiger Beschlüsse zu Teil I Ziffer 1 und Ziffer 2 fassen, hat das insbesondere folgende Rechtsfolgen:

Ein mit der erforderlichen Mehrheit gefasster Beschluss der Anleihegläubiger ist für alle Anleihegläubiger gleichermaßen verbindlich, auch wenn sie an der Beschlussfassung nicht mitgewirkt oder gegen den Beschlussvorschlag gestimmt haben (§ 5 Abs. 2 Satz 1 SchVG).

Soweit der Gemeinsame Vertreter zur Geltendmachung von Rechten der Anleihegläubiger ermächtigt ist, sind die einzelnen Anleihegläubiger zur selbständigen Geltendmachung dieser Rechte nicht befugt.

## **3. Verfahren der Abstimmung ohne Versammlung und Art der Abstimmung**

- 3.1 Die Abstimmung ohne Versammlung wird gemäß § 18 Absatz 2 SchVG i.V.m. § 10 (4) der Anleihebedingungen von dem von der Emittentin beauftragten Abstimmungsleiter, Herrn Notar Dr. Martin T. Schwab, geleitet.
- 3.2 Anleihegläubiger, die an der Abstimmung teilnehmen möchten, müssen ihre Stimme im Zeitraum von Mittwoch, den 21. Februar 2018, 00:00 Uhr (MEZ) bis Freitag, 23. Februar 2018, 24:00 Uhr (MEZ) (der „**Abstimmungszeitraum**“) in Textform (§ 126 b des Bürgerlichen Gesetzbuchs, das „**BGB**“) gegenüber dem Abstimmungsleiter bei der unten aufgeführten Adresse abgeben (die „**Stimmabgabe**“). Als Stimmabgabe gilt der Zugang bei dem Abstimmungsleiter. Stimmabgaben, die nicht innerhalb des Abstimmungszeitraums, also vorzeitig oder verspätet, dem Abstimmungsleiter zugehen, werden nicht berücksichtigt.
- 3.3 Die Stimmabgabe gegenüber dem Abstimmungsleiter erfolgt per Post, Fax oder E-Mail an die folgende Adresse:

Post:

Herrn Dr. Martin T. Schwab

Notariat Dr. Schwab & Dr. Weiler  
Pacellistraße 14/I  
80333 München

Fax:  
+49 (0)89 24 29 39 7-77

E-Mail:  
[interluebke@schwab-weiler.de](mailto:interluebke@schwab-weiler.de)

Dem Stimmabgabedokument sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern diese Nachweise nicht bereits zuvor übermittelt worden sind oder bis zum Ende des Abstimmungszeitraums übermittelt werden:

- ein Nachweis der Teilnahmeberechtigung in Form eines besonderen Nachweises mit Sperrvermerk des depotführenden Instituts (wie nachfolgend unter Ziffer 4.3 definiert) und
- gegebenenfalls ein Nachweis der gesetzlichen Vertretungsbefugnis nach Maßgabe der nachfolgenden Ziffer 4.5, sofern der Anleihegläubiger durch einen gesetzlichen Vertreter zum Beispiel ein Kind durch seine Eltern, ein Mündel durch seinen Vormund) oder durch einen Amtswalter (zum Beispiel ein Insolvenzschuldner durch den für ihn bestellten Insolvenzverwalter) vertreten wird; und
- gegebenenfalls eine Vollmacht nach Maßgabe der nachfolgenden Ziffer 5, sofern der Anleihegläubiger bei der Abstimmung ohne Versammlung von einem Dritten vertreten wird.

**Zur Beschleunigung des Verfahrens und der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wird darum gebeten, die oben genannten Unterlagen (mit Ausnahme des Stimmabgabedokuments) möglichst frühzeitig vor dem Abstimmungszeitraum an den Abstimmungsleiter zu übermitteln.**

**Anleihegläubiger können alternativ auch dem von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreter eine Vollmacht mit Weisungen erteilen und diese samt den oben genannten Unterlagen schon vor dem Abstimmungszeitraum an den Stimmrechtsvertreter übermitteln, der sämtliche Dokumente dann innerhalb des Abstimmungszeitraums an den Abstimmungsleiter weiterleitet.**

**Zur zügigen Umsetzung der Restrukturierung der Anleihe wird des Weiteren darum gebeten, gleichzeitig mit der Stimmabgabe auch den Verzicht auf die Anfechtung der Beschlüsse zu erklären. Eine Verpflichtung dazu besteht jedoch nicht.**

Zur Erleichterung und Beschleunigung der Auszählung der Stimmen werden die Anleihegläubiger gebeten, für die Stimmabgabe das Formular zu verwenden, das auf der Internetseite <http://www.interluebke.com/holding> ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Aufforderung zur Stimmabgabe zum Abruf verfügbar ist („**Stimmabgabeformular**“). Die Wirksamkeit einer Stimmabgabe hängt aber nicht von der Verwendung des Stimmabgabeformulars ab. In das Stimmabgabeformular werden

auch etwaige rechtzeitig und ordnungsgemäß gestellte Gegenanträge und oder Ergänzungsverlangen aufgenommen.

Das Abstimmungsergebnis wird nach dem Additionsverfahren ermittelt; bei dem Additionsverfahren werden nur die Ja-Stimmen und die Nein-Stimmen gezählt. Berücksichtigt werden alle ordnungsgemäß im Abstimmungszeitraum abgegebenen mit den erforderlichen Nachweisen versehenen Stimmen.

#### **4. Teilnahmebedingungen, Stimmrechte und Nachweise**

4.1 Zur Teilnahme an der Abstimmung ohne Versammlung ist jeder Anleihegläubiger berechtigt, der seine Inhaberschaft an Schuldverschreibungen im Abstimmungszeitraum nach Maßgabe der Regelungen unter nachfolgender Ziffer 4.3 spätestens bis zum Ende des Abstimmungszeitraums nachweist.

4.2 An der Abstimmung ohne Versammlung nimmt jeder Anleihegläubiger nach Maßgabe des von ihm gehaltenen Nennbetrags oder des rechnerischen Anteils seiner Berechtigung an den ausstehenden Schuldverschreibungen der Anleihe teil (§ 10 (5) der Anleihebedingungen).

4.3 Anleihegläubiger müssen ihre Berechtigung zur Teilnahme an der Abstimmung ohne Versammlung spätestens bis zum Ende des Abstimmungszeitraums nachweisen. Hierzu ist in Textform (§ 126 b BGB) ein aktueller Nachweis des depotführenden Instituts über die Inhaberschaft an den Schuldverschreibungen mit dem Sperrvermerk nach Maßgabe der nachstehenden Ziffern 4.3.1 und 4.3.2 an den Abstimmungsleiter zu übermitteln (der „**Besondere Nachweis mit Sperrvermerk**“):

##### **4.3.1 Besonderer Nachweis**

Der erforderliche Besondere Nachweis ist eine Bescheinigung der Depotbank, die (i) den vollen Namen und die volle Anschrift des Anleihegläubigers enthält, (ii) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen angibt, die am Tag der Ausstellung dieser Bescheinigung dem bei dieser Depotbank bestehenden Depot des Anleihegläubigers gutgeschrieben sind.

##### **4.3.2 Sperrvermerk**

Der erforderliche Sperrvermerk des depotführenden Instituts ist ein Vermerk, wonach die vom Anleihegläubiger gehaltenen Schuldverschreibungen der Anleihe mindestens vom Ausstellungstag des Besonderen Nachweises nach Ziffer 4.3.1 bis zum 23. Februar 2018, 24:00 Uhr, beim depotführenden Institut gesperrt gehalten werden.

Anleihegläubiger sollten sich wegen der Formalitäten des besonderen Nachweises mit Sperrvermerk gegebenenfalls mit ihrer depotführenden Bank in Verbindung setzen.

Anleihegläubiger, die (i) den Besonderen Nachweis mit Sperrvermerk nicht spätestens bis zum Ende des Abstimmungszeitraums in Textform (§ 126 b BGB) übermittelt haben, und/oder (ii) ihre Schuldverschreibungen nicht oder nicht rechtzeitig haben sperren lassen, sind nicht stimmberechtigt. Auch Bevollmächtigte des Anleihegläubigers können das Stimmrecht in diesen Fällen nicht ausüben.

Ein Musterformular für den Besonderen Nachweis mit Sperrvermerk, das von dem depotführenden Institut verwendet werden kann, kann auf der Internetseite <http://www.interluebke.com/holding> abgerufen werden.

- 4.4 Vertreter von Anleihegläubigern, die juristische Personen oder Personengesellschaften nach deutschem Recht (zum Beispiel Aktiengesellschaft, GmbH, Kommanditgesellschaft, offene Handelsgesellschaft, Unternehmungsgesellschaft, GbR) oder nach ausländischem Recht (zum Beispiel Limited nach englischem Recht) sind, werden gebeten, spätestens bis zum Ende des Abstimmungszeitraums zusätzlich zum Besonderen Nachweis mit Sperrvermerk ihre Vertretungsbefugnis nachzuweisen. Das kann durch Übersendung eines aktuellen Auszugs aus dem jeweiligen Register (zum Beispiel Handelsregister, Vereinsregister) oder durch eine andere gleichwertige Bestätigung (zum Beispiel Certificate of Incumbency, Secretary Certificate) geschehen. Der Nachweis der Vertretungsbefugnis nach dieser Ziffer 4.4 ist nicht Voraussetzung für die Berücksichtigung der Stimmen bei der Abstimmung ohne Versammlung.
- 4.5 Sofern Anleihegläubiger durch einen gesetzlichen Vertreter (zum Beispiel ein Kind durch seine Eltern, ein Mündel durch seinen Vormund) oder durch einen Amtswalter (zum Beispiel ein Insolvenzschuldner durch den für ihn bestellten Insolvenzverwalter) vertreten werden, muss der gesetzliche Vertreter oder Amtswalter spätestens bis zum Ende des Abstimmungszeitraums zusätzlich zum besonderen Nachweis mit Sperrvermerk des von ihm Vertretenen seine gesetzliche Vertretungsbefugnis in geeigneter Weise nachweisen (zum Beispiel durch Kopie der Personenstandsunterlagen oder der Bestellungsurkunde).

## **5. Vertretung durch Bevollmächtigte**

- 5.1 Jeder Anleihegläubiger kann sich bei der Stimmabgabe durch einen Bevollmächtigten seiner Wahl vertreten lassen (§ 18 Abs. 1 SchVG i.V.m. § 14 SchVG).
- 5.2 Das Stimmrecht kann durch den Bevollmächtigten ausgeübt werden. Die Vollmacht und etwaige Weisungen des Vollmachtgebers an den Vertreter bedürfen der Textform (§ 126 b BGB).
- 5.3 Die Vollmachterteilung ist spätestens bis zum Ende des Abstimmungszeitraums gegenüber dem Abstimmungsleiter durch Übermittlung der Vollmachtserklärung in Textform nachzuweisen. Auch bei der Stimmabgabe durch Bevollmächtigte ist ferner spätestens bis zum Ende des Abstimmungszeitraums ein Besonderer Nachweis mit Sperrvermerk des Vollmachtgebers (vergleiche Ziffer 4.3) sowie (soweit anwendbar) die Vertretungsbefugnis des Vollmachtgebers (vergleiche Ziffer 4.5) gegenüber dem Abstimmungsleiter nachzuweisen.

## **6. Gegenanträge und Ergänzungsverlangen**

- 6.1 Jeder Anleihegläubiger ist berechtigt, zu den Beschlussgegenständen, über die nach dieser Aufforderung zur Stimmabgabe Beschluss gefasst werden soll, einen eigenen Beschlussvorschlag zu unterbreiten („**Gegenantrag**“). Gegenanträge sollten so rechtzeitig gestellt werden, dass diese noch vor Beginn des Abstimmungszeitraums auf der Internetseite <http://www.interluebke.com/holding> veröffentlicht werden können.

- 6.2 Anleihegläubiger, deren Schuldverschreibungen zusammen fünf Prozent der ausstehenden Schuldverschreibungen erreichen, können verlangen, dass neue Gegenstände zur Beschlussfassung bekannt gemacht werden ("**Ergänzungsverlangen**"). Ein Ergänzungsverlangen muss der Emittentin so rechtzeitig zugehen, dass es spätestens am dritten Tage vor Beginn des Abstimmungszeitraums im Bundesanzeiger bekannt gemacht werden kann.
- 6.3 Gegenanträge und Ergänzungsverlangen sind an die Emittentin oder den Abstimmungsleiter zu richten und können per Post, Fax oder E-Mail an eine der folgenden Adressen übermittelt werden:

Interlübke Holding GmbH  
c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH  
Theatinerstraße 7  
80333 München

Fax:  
+49 (0)89 23 88 95 879

E-Mail:  
[ilhanleihe@interluebke.de](mailto:ilhanleihe@interluebke.de)

oder

Herrn Notar Dr. Martin T. Schwab  
Notariat Dr. Schwab & Dr. Weiler  
Interlübke-Anleihe: Abstimmung ohne Versammlung  
Pacellistraße 14/I  
80333 München

Fax:  
+49 (0)89 24 29 39 7-77

E-Mail:  
[interluebke@schwab-weiler.de](mailto:interluebke@schwab-weiler.de)

- 6.4 Auch bei der Übermittlung bzw. Stellung eines Gegenantrags und/oder eines Ergänzungsverlangens sind zwingend ein Besonderer Nachweis und ein Sperrvermerk beizufügen (s. o. Ziffer 4.3 in diesem Abschnitt II). Im Falle eines Ergänzungsverlangens haben die Anleihegläubiger, die beantragen, einen weiteren Gegenstand zur Beschlussfassung zu stellen, ferner nachzuweisen, dass sie (gemeinsam) fünf Prozent der ausstehenden Schuldverschreibungen vertreten. Sollten Anleihegläubiger Gegenanträge und/oder Ergänzungsverlangen durch Bevollmächtigte unterbreiten, ist die Vollmachtserteilung nach Maßgabe von Ziffer 5 in diesem Abschnitt II nachzuweisen.

## **7. Angabe der ausstehenden Schuldverschreibungen**

Insgesamt stehen 414 Schuldverschreibungen der Anleihe im Nennwert von insgesamt EUR 2.070.000,00 aus. Der Emittentin oder mit ihr verbundenen Unternehmen (§ 271 Abs. 2 HGB) stehen keine Schuldverschreibungen zu. Es werden derzeit ferner keine Schuldverschreibungen der Anleihe für Rechnung der Emittentin oder mit ihr verbundener Unternehmen gehalten.

## **8. Unterlagen**

Vom Tag der Veröffentlichung dieser Aufforderung zur Stimmabgabe stehen den Anleihegläubigern folgende Unterlagen auf der Internetseite <http://www.interluebke.com/holding> zur Verfügung:

- die Aufforderung zur Stimmabgabe,
- die Anleihebedingungen der Anleihe,
- das Stimmabgabeformular,
- ein Musterformular für den Besonderen Nachweis und den Sperrvermerk,
- ein Vollmachtsformular zur Erteilung von Vollmachten und Weisungen an die Stimmrechtsvertreter der Emittentin,
- ein Vollmachtsformular zur Erteilung von Vollmachten an Dritte.

Auf Verlangen eines Anleihegläubigers werden ihm Kopien der vorgenannten Unterlagen unverzüglich und kostenlos übersandt. Das Verlangen ist zu richten an:

Interlücke Holding GmbH  
c/o Rigeto Unternehmerkapital GmbH  
Theatinerstraße 7  
80333 München  
Deutschland  
Telefax +49 (0)89 23 88 95 879  
E-Mail [ilhanleihe@interluebke.de](mailto:ilhanleihe@interluebke.de)

**München, im Februar 2018**

**Interlücke Holding GmbH**  
**– Die Geschäftsführung –**



**Restrukturierungs-Termsheet**  
**für die bis zu Euro 3.000.000,00 Anleihe 2016/2019**  
**der Interlübke Holding GmbH, München**  
**ISIN DE 000A2BN6C8**  
**WKN A2BN6C**  
**(die „Anleihe“)**

Verringerung der Hauptforderung	Die Hauptforderung in Höhe von EUR 2.070.000,00 aus der Anleihe wird um EUR 1.569.060,00 (in Worten: Euro eine Million fünfhundertneunundsechzigtausendsechzig) („ <b>Verringerungsbetrag</b> “) auf EUR 500.940,00 (in Worten: Euro fünfhunderttausendneunhundertvierzig) im Wege eines Erlasses gemäß § 397 BGB verringert. Die auf den Nennbetrag von EUR 500.940,00 („ <b>Verringerter Nennbetrag</b> “) verringerte Anleihe („ <b>Verringerte Anleihe</b> “) ist eingeteilt in 414 Schuldverschreibungen im Nennwert von je EUR 1.210,00 (in Worten: Euro eintausendzweihundertzehn) (jeweils eine „ <b>Verringerte Schuldverschreibung</b> “ und zusammen die „ <b>Verringerten Schuldverschreibungen</b> “).
Verzicht auf Verzinsung	Auf die seit dem 30. Juli 2017 entstandenen Zinsansprüche bezüglich der Anleihe sowie auf die zukünftige Verzinsung der Verringerten Anleihe wird im Wege eines Erlasses gemäß § 397 BGB verzichtet.
Vorzeitige Rückzahlung der Verringerten Anleihe	Die Verringerte Anleihe ist unbeschadet einer etwaigen späteren Erhöhung der Rückzahlung (wie nachfolgend ausgeführt) spätestens am 30. Juni 2018 in Höhe des Verringerten Nennbetrags von EUR 500.940,00 zurückzuzahlen. Eine vorzeitige Rückzahlung nach freiem Ermessen der Anleiheschuldnerin ist jederzeit möglich.
Schuldübernahme	Übernahme sämtlicher Verbindlichkeiten aus der Verringerten Anleihe durch die Neckarsee 418.V V GmbH, derzeitiger Sitz Bonn (Amtsgericht Stuttgart, HRB 763092), zukünftiger Sitz Winnweiler (Amtsgericht Kaiserslautern) („ <b>N-GmbH</b> “). Abschluss eines dreiseitigen Schuldübernahmevertrags zwischen der Interlübke Holding GmbH („ <b>ILH</b> “), der N-GmbH und dem Gemeinsamen Vertreter mit folgendem Inhalt: Vollständige, schuldbefreiende Ersetzung der ILH durch die N-GmbH als Emittentin der Anleihe. Übernommener Nennbetrag EUR 500.940,00. Erfolgsabhängig ggf. weitere Zahlungen an die Anleihegläubiger von maximal EUR 1.249.060,00 wie nachfolgend dargestellt. Die N-GmbH ist zum Rücktritt vom Schuldübernahmevertrag berechtigt, falls die ILH innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung des Markenkauf- und Übertragungsvertrages mit der N-GmbH einen Antrag auf

	Eröffnung des Insolvenzverfahrens über ihr Vermögen stellt. Das Rücktrittsrecht erlischt mit Rückzahlung des Verringeren Nennbetrags an die Anleihegläubiger.
Veräußerung der Marken „interlübke“	Veräußerung der Wort- und Bildmarke „interlübke“ an die N-GmbH zu einem Fixkaufpreis von mindestens EUR 600.000,00 zuzüglich eines variablen, erfolgsabhängigen Kaufpreises. Zahlung des Fixkaufpreises in Höhe von EUR 500.940,00 nicht in bar, sondern durch Übernahme aller Verbindlichkeiten der ILH unter der Verringeren Anleihe.
Erhöhung der Rückzahlung	<p>Erfolgsabhängige Zahlungen in Höhe von 3,5 % der einen Betrag in Höhe von EUR 20.000.000,00 (in Worten: Euro zwanzig Millionen) überschreitenden Netto-Umsatzerlöse (wie nachfolgend definiert) für die Kalenderjahre 2019 bis 2024 (der „<b>Betrachtungszeitraum</b>“) entspricht. Die erfolgsabhängigen Zahlungen an die Anleihegläubiger sind auf einen Betrag von maximal insgesamt EUR 1.249.060,00 begrenzt. EUR 1.249.060,00 übersteigende erfolgsabhängige Zahlungen stehen in voller Höhe der ILH zu.</p> <p>Unter „<b>Netto-Umsatzerlöse</b>“ ist der fakturierte Umsatz nach Abzug aller Rabatte, Skonti und Boni der (i) Lübke GmbH, mit Sitz in Rheda-Wiedenbrück und deren Rechtsnachfolger (zusammen die „<b>Lübke GmbH</b>“) und (ii) sämtlicher weiterer Unternehmen, einschließlich der N-GmbH sowie den Gesellschaftern der N-GmbH einschließlich der mit diesen jeweils im Sinne des § 15ff AktG verbundenen Unternehmen, die eine oder mehrere der Marken „interlübke“ (gleich auf welche Art, in welchem Umfang und für welche Dauer innerhalb des Betrachtungszeitraumes) nutzen (die „<b>Weiteren Unternehmen</b>“), zu verstehen, mit der Maßgabe, dass in Bezug auf die Weiteren Unternehmen nur die Umsätze zu berücksichtigen sind, die im Produktsegment Kastenmöbel und artverwandten Bereichen erzielt werden. Unter „artverwandte Bereiche“ sind unter anderem, aber nicht ausschließlich, folgende Möbel zu verstehen: Tische, Stühle, Bänke, Küchenmöbel und Badmöbel. Die pro Geschäftsjahr maximal zu leistenden erfolgsabhängigen Zahlungen betragen EUR 350.000,00 (im Folgenden die „<b>Obergrenze</b>“).</p>
Rückkaufsoption der ILH bezüglich der Marken „interlübke“	<p>Rückkaufsoption der ILH für den Fall, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>über das Vermögen der Lübke GmbH ein Insolvenzverfahren eröffnet wird; und</li> <li>im Rahmen des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Lübke GmbH der Insolvenzverwalter sich entscheidet, den über die Marken „interlübke“ zwischen der Lübke GmbH als Lizenznehmer und der N-GmbH als Lizenzgeber bestehenden Markenrechtslizenzvertrag nicht fortzusetzen oder zu ändern oder ein Erwerber der Vermögensgegenstände im Wege einer übertragenen Sanierung, tritt nicht vollumfänglich in die</li> </ol>

	<p>Verpflichtungen der Lücke GmbH aus dem Markenlizenzvertrag ein. Das Vorstehende gilt analog wenn nach den Bestimmungen eines Insolvenzplans der Markenlizenzvertrag nicht oder zu veränderten Bedingungen fortgesetzt wird.</p> <p>Die Rückkaufsoption hat eine Laufzeit von 48 Monaten, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Abschlusses des Markenrechtskaufvertrages. Der Optionspreis beträgt</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>EUR 600.000,00 bei einer Optionsausübung in den ersten 24 Monaten der Optionslaufzeit;</li> <li>EUR 600.000,00 zuzüglich der bis zur Optionsausübung gezahlten erfolgsabhängigen Kaufpreiszahlung.</li> </ol> <p>Im Falle eines Weiterverkaufs der Marken „interlücke“ nach Ausübung der Rückerwerbsoption durch die ILH an einen Dritten steht die Differenz aus dem Kaufpreis, den die ILH von dem Dritten für die Marken „interlücke“ erhält, und dem von der ILH an die N-GmbH gezahlten Optionspreis abzüglich der Transaktionskosten des Weiterverkaufs (der „<b>Mehrerlös</b>“) vollständig den Anleihegläubigern zu, solange die Summe aus dem Mehrerlös und bereits an die Anleihegläubiger gezahlten erfolgsabhängigen Zahlungen (wie oben ausgeführt) den Betrag von EUR 1.249.060,00 nicht übersteigt. Soweit die Summe aus erfolgsabhängigen Zahlungen und Mehrerlös den Betrag von EUR 1.249.060,00 übersteigt, steht der Mehrerlös der ILH zu.</p>
Sicherheiten	<p>Selbstschuldnerische Bankbürgschaft auf erstes Anfordern mit einem Höchstbetrag von EUR 500.940,00 als Sicherheit für die Rückzahlung des (verringerten) Nennbetrags der Teilschuldverschreibungen der Verringerten Anleihe. Die Bürgschaftsurkunde ist zurückzugeben mit Zahlung des Nennbetrags auf alle ausstehenden Teilschuldverschreibungen der Verringerten Anleihe (Euro 500.940,00).</p>
Freigabe von Sicherheiten	<p>Die zur Besicherung der Anleihe bisher bestehende Verpfändung der Marken „interlücke“ gemäß Verpfändungsvertrag über Markenrechte vom 6. Juli 2016 wird mit Rückzahlung des (Verringerten) Nennbetrags der Teilschuldverschreibungen der Verringerten Anleihe aufgehoben. Die Sicherheitentreuhänderin wird entsprechend angewiesen, den Verpfändungsvertrag aufzuheben.</p>
Änderung der Anleihebedingungen	<p>Die Anleihebedingungen werden unter anderem wie folgt geändert bzw. können wie folgt geändert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Präambel: Austausch ILH durch die N-GmbH, Anpassung der Angaben insbesondere zum Nennbetrag der Anleihe und der Teilschuldverschreibungen, Verzinsung, Laufzeit</li> <li>• Anpassung von § 1 Form/Nennbetrag/Zeichnung</li> <li>• Änderung von § 2 (2): Rückzahlung am 30. Juni 2018.</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"><li>• Änderung von § 3 Verzinsung: Verzicht auf Verzinsung ab 30. Juli 2017.</li><li>• § 7 (1) Sicherheiten: Streichung von Satz 2 und 3.</li><li>• Einfügung eines neuen § 7 (2): Stellung einer selbstschuldnerischen Bankbürgschaft auf erstes Anfordern in Höhe von EUR 500.940,00 durch die Emittentin; der derzeitige § 7 (2) wird zu § 7 (3).</li></ul>
--	--